

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der zentralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgesetzten Kreisstädte der Kreise Unterlahn, Altenahr, Rhenan und St. Goarshausen.

Gescheinungswise: täglich (mit Werktag).
Bezugspreis: monatlich 3.60 Mark einschl. Postbelehrung
oder Bringerlohn.
Telefon Nr. 82. — Postscheckkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Sept. 1888 (Limburger Tageblatt)

Berantwortlicher Redakteur Hans Antes,
Druck und Verlag der Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gepaßte 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 70 Pf. Die 91 mm breite Rechtecke 2.10 Pf.
Anzeigen-Nahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 136

Limburg, Donnerstag, den 17. Juni 1920.

83. Jahrgang

Noch immer keine neue Regierung!

Je länger sich die Dinge hinziehen, desto verworren werden sie. Auch durch die Wahl des als tugter Tätiler hochgeschätzten Zentrumsführers Trimborn ist die allgemeine Ungewissheit nicht beseitigt, sondern eher noch gesteigert worden. Nachdem durch die Abstimmung der Unabhängigen der Block der Linken und durch den Bescheid des Abgeordneten Heinrich der Block der Rechten erledigt worden war, glaubte man schließlich, daß nichts andres übrig bleibt werde, als die bisherige Koalition aus Zentrum Demokraten und Sozialdemokraten fortzuführen, indem man dem Zentrum wieder die „Fraktion Heim“ angliederte. Es scheint aber, als ob die Zeit für diesen Ausweg aus dem großen Dilemma noch nicht gekommen oder schon vorüber ist, denn statt ihrer steht jetzt ein „Block der Mitte“ im Vordergrund des Interesses. Er soll nach dem Vorschlag Dr. Trimborns, der angedeutet nicht der Vater dieses Gedankens ist, aus Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei bestehen, und, weil er keine Mehrheit im Parlament besäße, dadurch das Leben gefrisst belommen, daß vor allem die Mehrheitssozialdemokratie ihm „wohlwollende Neutralität“ zusichert. Man sagt, daß mäßigende führende Kreise hinter diesem Plan ständen, weil sonst die glatte Unmöglichkeit offenbar würde, zu irgendeiner neuen Regierung zu kommen. Zunächst erscheint nun die Fortführung der alten Koalition mit einem Plus von dreizehn Stimmen über die vorgeschriebene Mehrheit von 230 Stimmen durch die Ablehnung Lüdhes und Müllers in der Unterredung mit Trimborn ausgeschaltet zu sein. Aber man kann sich auch nicht verhehlen, daß der „Block der Mitte“ ein ungemein schwächliges Gebilde wäre. Müller hat bereits erklärt, daß auch nur die Andeutung einer Auslandspolitik im Sinne der Deutschen Volkspartei sofort die allerstärkste Opposition der Mehrheitssozialisten hervorrufen würde. Man fragt sich vergeblich, wie da die in bester Absicht jetzt zugesagte „wohlwollende Neutralität“ gegebenenfalls gerade in den Tagen von Spa zustande kommen sollte? Man kommt nicht darum herum, doch dennoch auch die neueste Kombination fällt das Heil bringen wird, und jedensfalls bleibt vollkommen abzusehen, wie eine solche Regierung des neuen Mittelsblocks aufgestellt werden wird. Man darf nicht vergessen, daß am 5. Juli in Spa eine deutsche Regierung vorhanden sein muß, die nicht mit einem Rotmandat, sondern mit voller Autorität auftreten muß, und daß diese Autorität immer dann in Frage gestellt sein wird, wenn die gegenwärtige Krise des deutschen Reiches seine vollständig befriedigende und wirklich reelle Lösung findet. Vielleicht bringen aber schon die nächsten Tage Klarheit darüber, denn allgemach droht diese Krise wegen ihrer Länge gefährlich zu werden.

Eine demokratische Erklärung.

Berlin, 15. Juni. (W.T.B.) Der Führer der deutsch-demokratischen Partei, Abgeordneter Senator Dr. Petersen, überreichte heute nachmittag dem vom Reichspräsidenten mit der Kabinettbildung beauftragten Zentrumsabgeordneten Dr. Trimborn eine Erklärung über die Voraussetzungen, unter denen sich die deutsch-demokratische Partei an der Kabinettbildung beteiligen will. Darin wird auf Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung hingewiesen, nachdem der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister ernannt. Ein Abweichen von diesem Wege wird als verhängnisvoll angesehen, da es ausgeschlossen erscheine, daß die Parteien sich bereit erklären würden, Koalitionen zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen. Die demokratische Partei erkläre sich bereit, sachlich und positiv in einem Kabinett mitzuwirken, das durch seine Persönlichkeiten und durch sein Programm die Gewähr für den wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau gebe. Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms werden dann in der Erklärung u. a. folgende Punkte bezeichnet: Vorbehaltlose und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung der Klassenherrschaft, Ablehnung eines jeden Klassen- und Rassenhauses und Belebung der Rechte ohne parteipolitische Missichten mit Personen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen die aber gleichzeitig ihr Amt auszuüben in der Lage sind.

Bresselstimmen.

In der Erklärung des Vorsitzenden der Demokratischen Partei, in der die Bereitschaft erklärt wird, an der Bildung eines Kabinetts teilzunehmen, ohne vorherige Bildung einer Parteikoalition, sagte der „Vorwärts“: Die Erklärung ist nicht ablehnend, aber ausweichend. Die Frage der Regierungsbildung ist durch sie nicht viel weiter gekommen. Die „Fossische Zeitung“ meint, daß der Erklärung ohne Zweifel weitesten Kreise zustimmen würden. Sie stellt sich auf den einzigen Standpunkt, daß es Sache des Reichstags sei, um seine einzige richtige Wahl zu suchen. Dem „Berliner Volkszeitung“ folge hat sich die Lage etwas gelöst. Zur Deutschen Volkspartei mitgeteilt, das, was Petersen aufgeführt, sei von der Deutschen Volkspartei schon zu Beginn der Krise ausgesprochen worden. Wenn man die Erklärung lese, habe man die Empfindung, daß auf die Reichskanzlerschaft Schaffers hingearbeitet werde. Die Deutsche Volkspartei könne auf keinen Fall dulden, daß die kleinste Partei im Reichstag den Kanzler stelle. Über die Kanzlerschaft eines Mannes aus den Reihen des Zentrums dagegen lasse sich reden. Mit der Fechenbach sei die Deutsche Volkspartei einverstanden. Die Aussprache des Zentrums, die gestern vorzeitig begann, ist laut „Germania“ noch nicht beendet. Sie soll heute nachmittag fortgesetzt werden. Das Zentrum läßt sich jedenfalls redlich ab, eine Regierung zustande zu

bringen. Es erfülle damit eine Pflicht, die in erster Linie der siegreichen Opposition auf der Rechten hatte auferlegt werden müssen.

Keine Stimmung für eine bürgerliche Regierung.

Berlin, 15. Juni. (W.T.B.) Bei Befragung der Kabinettbildung beschränkt sich die „Germania“ darauf, die Angaben des „Vorwärts“ in der heutigen Morgenauflage als richtig zu bestätigen und hinzuzufügen, daß die Verhandlungen weitergehen, ohne bisher ein bestimmtes Ergebnis erzielt zu haben. Das „Berliner Tageblatt“ streift die Versprechungen in der heutigen Zentrumssitzung und berichtet darüber, daß für die bürgerliche Koalition von den Deutschen nationalen bis zu den Demokraten keine Stimmung vorhanden gewesen wäre. Die einzelnen Redner hätten immer wieder erklärt, man müsse unter allen Umständen zu einem Einvernehmen mit der Sozialdemokratie kommen, da eine Regierung ohne Sozialdemokratie heute in Deutschland nicht mehr möglich sei. Nach dem „Vorwärts“ hat Trimborn heute vormittag wiederum mit den Sozialsführern Hermann Müller und Löbel verhandelt, die ihm auseinandersetzen, daß das Weiterbestehen der bisherigen Koalition regierung unmöglich und daß auch sein Wunsch, die sozialdemokratische Fraktion wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten der Partei von der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen. Der „Vorwärts“ wendet sich sodann gegen die Aussäufung, die sozialdemokratische Partei bereite sich nur vor, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltsam zu überwinnen. Jeder Kenner des Programms und der Geschichte der Partei weiß, daß für sie gewaltsames Vor gehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Befugnisse handeln, nicht in Betracht komme.

Wahlkreisverband Hessen.

Kassel, 15. Juni. Im Wahlkreisverband Hessen, der aus den Wahlkreisen Hessen-Nassau und Freistaat Hessen besteht, ergeben sich nach der amtlichen Zählung folgende Abstimmungen, die auf die Reichstagsliste übergehen: Deutsche Demokratische Partei 59 957, Zentrum 48 344, Deutschnationale Volkspartei 20 497, Deutsche Volkspartei 38 266, Sozialdemokratische Partei 10 535, Unabhängige Sozialdemokratie 31 741, Kommunistische Partei 19 358. Als ungültig wurden 3470 Stimmen gezählt.

Vergebliche Wahl-Propaganda russischer Kommunisten.

Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die Wahl nur zweier Kommunisten in den deutschen Reichstag hat im Moskauer Großen Sowjet zu Lärmjahren geführt. Es wurde die Abberufung des bolschewistischen Vertreters in Berlin, Kopp, verlangt, dem für die Propaganda 50 Millionen Rappenrubel bewilligt worden waren.

Schwenninger über Bismarck.

München, 15. Juni. Die München-Augsburger Abendzeitung bringt eine Unterredung mit dem Leibarzt von Bismarck, Heimat Dr. Schwenninger, der, wie bereits gemeldet, heute seinen 70. Geburtstag feiert. Danach hat Schwenninger auf die Frage, ob Bismarck die tragische Entwicklung der Dinge geahnt habe, erwidert, der Fürst hat die Katastrophe für Deutschland vollkommen klar vorausgesehen. Wie oft hat er sich die verhünten drei Haare geraut und gestohlt: „Schwenninger, ich sehe es kommen, wir gehen einer furchtbaren Katastrophe entgegen.“ Der Fürst sah den Ring sich bilden, der Deutschland einschließen sollte. Er sah auch, daß Rußland sich in diesen Ring einfügen würde. Er hat gewarnt, er wollte raten, aber es wurde auf ihn nicht gehört. Resigniert und in tiefer Trauer sagte er mir noch ganz zuletzt: „Deutschland geht schweren Zeiten entgegen.“

Rücktritt Riechers von der Leitung des Hansekunbundes.

Berlin, 15. Juni. (W.T.B.) Der Hansekunbund gibt bekannt: Gemäß der schon vor einem Jahr erfolgten Ankündigung ist am 12. Juni, am 11. Stiftungstage des Hansekunbundes, der bisherige Vorsitzende Geheimrat Dr. Rieger, ausgeschieden. In seinen Abschiedsworten wies Rieger darauf hin, daß ihn die parlamentarischen Arbeiten in einer Weise in Anspruch nähmen, daß er die große Arbeit für den Hansekunbund nicht mehr bewältigen könne, und ergerade jetzt zuviel aus scheiden könne, wo der Hansekunbund einen großen Aufschwung nehme und in Dr. Köhler, dem Direktor der Aga (Automobilbau A.G.) einen seiner Stellung voll gewachsenen geschäftsführenden Präsidenten gewonnen habe. Das Präsidium mußte angesichts dieser Begründung zu seinem großen Bedauern seinem Antrage entsprechen, gab gleichzeitig aber durch die Ernennung des Ausschöpfendem zum Ehrenpräsidenten dem lebhaften Wunsch Ausdruck, den Namen des Begründers des Hansekunbundes auch ferner in seiner Verwaltung fortzuführen. Gemäß § 15 der Bundesstatuten, der die Wahl eines Stellvertreters bis zur Hauptversammlung anordnet, wurde Generaldirektor Dr. Endemann-Hannover mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden des Präsidiums betraut.

Bon der Kriegs- zur Friedensindustrie.

Düsseldorf, 15. Juni. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik Düsseldorf hat bei der Umstellung ihres auf Friedensarbeit den Bau von Lokomotiven und Eisenbahnwagen aufgenommen. Gestern stand die erste, eine schwere, fünfachsig gefüllte Güterzug-Lokomotive, mit einem Zug von 30 Güterwagen zur Uebernahme durch die Eisenbahnverwaltung bereit. Der fast 80 Jahre alte Gründer der Ge-

ellschaft und Vorsitzende des Aufsichtsrats, Geheimrat Ehrlhardt, betonte, daß die Werkleitung schon während der Kriegsjahre den Bau von Lokomotiven ins Auge gesetzt habe. Er erklärte feierlich, daß, wo es nach Artillerie und Pulver rieche, Ehrlhardt nicht mehr zu haben sei. Nach den Angaben der Werkleitung wird die Fabrik in kurzer Zeit in der Lage sein, 400 Lokomotiven und 3000 Güterwagen jährlich zu liefern.

Der neue Tarif im Ruhrbergbau.

Essen, 15. Juni. Der am 21. Mai vereinbarte neue Lohnvertrag im Ruhrbergbau ist jetzt zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und dem Zentralverband endgültig abgeschlossen worden. Danach erhalten die Bergarbeiterleute eine Lohn erhöhung von 6 Mark für jede Schicht, wovon 1,50 Mark von den Zeichen bar bezahlt und 4,50 Mark vom Reich übernommen werden, das, wie gemeldet, beabsichtigt, dafür Gutscheine für Lebensmittel an die Bergarbeiter auszugeben. Die Angestellten im Bergbau erhalten den Reichszuschuß in gleicher Weise wie die Bergarbeiter, außerdem eine Lohn erhöhung der Arbeiter entsprechende Gehaltsaufbesserung. Durch diese Regelung wird, wie bereits berichtet, eine Erhöhung der Kohlenpreise vermieden.

Die Gärtner gegen die Gemüsefuhr.

Berlin, 15. Juli. (W.T.B.) Der Verband deutscher Gartenbaubetriebe hat ein Telegramm an den Reichspräsidenten und den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in dem er gegen die belasten gewordene Freigabe der Gemüse- und Obstfuhr nach Deutschland die schwersten Bedenken erhebt. Sämtliche Gärtner in Deutschland stellen sich in den letzten Jahren auf den Gemüsebau ein und auch die Landwirtschaft hat den Feldgemüsebau in weitestem Umfang aufgenommen, so daß die Gemüseversorgung des deutschen Volkes durch die heimische Erzeugung sichergestellt ist. Durch vollständige Freigabe der Gemüsefuhr würden sämtliche Gemüsezüchter ruinieren und ihre Arbeiter erwerblos.

Bayern und die Reichswasserstrafen.

München, 16. Juni. Zwischen dem Reich und Bayern ist es zu ersten Differenzen wegen des Ausbaues der Wasserstraße Rhein-Main-Donau gekommen. Die bayrische Autobahn aus dem Gebiet des Wasserstraßenkanals, Ingenieur Hallinger, teilt den „Münchener Neuesten Nachrichten“ mit, daß die Reichsregierung die Abtretung der bayerischen Donau-Straße als Gegenleistung für eine Fortsetzung der Mainlandalisierung mit der Begründung fordert, daß dies zur Vergünstigung notwendig sei. Ist aber die Donau, so sagt Hallinger, ausgeleert — darauf laufen die Pläne des Reiches hinaus —, so können Bayern sehen, wie die Main-Donauverbindung als Lebensader für die bayerische Volkswirtschaft unterbunden und begraben wird. Man droht mit der Enteignung der Donau. Soweit Dr. Hallinger. Mit der Wasserstraße Main-Rhein-Donau steht und fällt Bayerns zukünftige wirtschaftliche Bedeutung. Bayern wird daher den Donau-Enteignungsgesetzen des Reiches den denkbar größten Widerstand entgegenstellen.

Mangel an Grubenholz.

Ein Erlass des Ministers der Innern besagt: Die Verhältnisse auf dem Grubenholzmarkt haben eine für die Rohstoffversorgung des kommenden Winters überaus ernste Cha- rakter angenommen. Die vorhandenen Grubenholzvorräte sind sehr knapp, und obwohl die Bergwerke die geforderten hohen Preise zahlen, sind doch ausreichende Rücklagen nicht vorhanden. Es soll deshalb den vorhandenen Uebelständen durch verstärkten Einschlag von Grubenholz in den preußischen Staats- und Privatwaldungen sowie durch vertragliche Maßnahmen bei der Abgabe von Holz, die die Verwendung von zu Grubenzwecken geeignetem Holz als Brennholz verhindern, entgegengestellt werden. Auch ist beabsichtigt, im Verordnungsweg die Verwendung des als Grubenholz verwendbaren Holzes zu anderen Zwecken sowie die unerlaubte Ausfuhr von Grubenholz zu verbieten.

Neues Anziehen der Preise.

Berlin, 15. Juni. Die Agentur Havas meldet über London: Nach Meldungen vom internationalen Warenmarkt macht sich seit Ende der vergangenen Woche ein Anziehen der Preise für Getreide, Mais und Baumwolle bemerkbar. Das Steigen der Getreidepreise ist darauf zurückzuführen, daß vielfach, namentlich in Amerika, nur sehr geringe Vorräte bis zur neuen Ernte vorhanden sind.

Wucherbekämpfung.

Berlin, 16. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, hat der bayerische Handelsminister an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er verschiedene Vorschläge zur nochdrücklichen Bekämpfung des Wuchers macht. In eingehender Weise wird eine Minderung der Preistreibekreise verordnet, dagegen vorgeschlagen, daß nicht das Rechnen eines übermäßigen Gewinnes, sondern eines unangemessenen Preises unter Strafe gestellt werden soll. Die Bekämpfung des Schiefer- und Wuchertums erfordert einen weit stärkeren Ausbau der Wucherabwehrstellen ein besseres Zusammenwirken der Landespreisstellen und eine Verstärkung der zuständigen Abteilungen des Reichswirtschaftsministeriums. Die Verbandspreise seien jeweils in ihrer Entstehung sorgfältig zu prüfen, insbesondere könne die Preisprüfung für Kohlen, Eisen, Walzwerzerzeugnisse und Tüngemittel nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge nicht entbehrlich werden. Der Kampf gegen das Schiefer- und Wuchertum sei in erster Linie ein Kampf gegen die unlauteren Eindringlinge, die mit dem bilden Handel nichts zu tun hätten. Es wird hierbei an die Mißstände, die sich zum Beispiel in Häuten und Edelmetallen, im Altmetallhandel und im Pferdehandel herausgebildet haben, erinnert. Endlich wird gefordert, daß die behördliche Durcharbeitung der Kriegsgefechtsfelder unter Zuhilfenahme Sachverständigen der beteiligten Wirtschaftscreise ungezügelt kraftvoll durchgeführt werde, damit bei dem Zu-

lammittag des neuen Reichstags, soweit wie irgend möglich, ausreichende Unterlagen für die endgültige Erledigung der aufzulösenden Angelegenheit vorliegen.

Diebstähle auf abzuliefernden Schiffen.

Die Diebstähle auf den uns noch verbleibenden und den an die Entente abzuliefernden Schiffen nehmen gegenwärtig wieder einen Umsfang an, daß sich das Reichsministerium veranlaßt gesehen hat, einen besonderen Schutz und Überwachungsdienst einzurichten, der in zahlreichen Fällen bereits eine wirksame Tätigkeit entfaltet hat. Die Diebstähle erstrecken sich zumeist auf das Schiffsinventar, wenn sich die organisierten Banden auch nicht scheuen, gelegentlich das eine oder andere Torpedoboot verschwinden zu lassen. Beides arg sind in letzter Zeit die beiden ehemaligen kleinen Kreuzer „Stralsund“ und „München“ ausgeraubt worden. Die beiden Kriegsschiffe, welche an England geliefert werden müssen, liegen im Kaiser-Wilhelm-Kanal, nahe den Brunsbütteler Schleusen. Die Ueberführung hat durch die Angestellten einer Hamburger Reederei zu erfolgen. Bei einer kürzlich stattgefundenen Revision stellte es sich heraus, daß ein großer Teil der jetzt festbaren elektrischen Einrichtung, namentlich die Motoren gestohlen worden sind. Es wurden deshalb Beamte des Reichsministeriums mit der Untersuchung der Diebstähle betraut, denen es gelang, an einem Tage 16 Fälle zu klären und die Täter dingfest zu machen.

Zeitungsvorboten im besetzten Gebiet.

Köln, 15. Juni. (WTB.) Die „Köln. Zeitung“ und die „Rheinische Zeitung“ wurden laut Beschuß der Rheinlandskommission auf Grund des Artikels 13 der Verordnung Nr. 3 von morgen ab auf einige Tage verboten. — Dem Vernehmen nach ist der Grund des Verbots der „Kölnischen Zeitung“ und der „Rheinischen Zeitung“ darin zu suchen, daß sie Artikel gegenseitige Bewerbung farbiger Truppen im besetzten Gebiet veröffentlicht. Außer diesen beiden sind weitere fünf Blätter im besetzten Gebiet vorläufig verboten.

Die verfassunggebende Versammlung des Freistaates Danzig.

Danzig, 15. Juni. (WTB.) Gestern Nachmittag wurde im Sitzungssaal des Landeshauses die verfassunggebende Versammlung der freien Stadt Danzig, der 120 Abgeordnete angehören, eröffnet. Hierzu erschienen der Oberkommissar des Volkerbundes Sir Reginald Tower, der Generalkommisar der Republik Polen Dr. v. Biestadec, der deutsche Reichs- und preußische Staatskommisar Regierungspräsident Förster, der Gouverneur der alliierten Streitkräfte in Danzig General Haynes, sowie die ausländischen Konsuln. Sir Reginald Tower hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: „Ein Rückblick auf hundert Jahre der Geschichte der Stadt Danzig zeigt, wie wechselseitig ihre Geschichte gewesen sind. Viel Glanz, aber auch schlechte Zeiten hat Danzig gesehen. Über allem und durch alles leuchtet hell und klar die Tradition der freien Stadt. Sie ist urkundlich eingegraben in jedem Stein ihrer Kirchen, ihrer öffentlichen Gebäude. Bei der Bearbeitung der Verfassung vergessen Sie nicht Danzigs Wahlspruch: „Nec temere nec timide“. Handeln Sie nach dem großen und stolzen Vorbild, das Ihnen die Vorfahren gegeben haben, machen Sie die Verfassung zu einem würdigen Denkmal! Denken Sie daran, daß der Volkerbund über die Stadt seinen Schutz breiten wird, denn die Verfassung soll dem Volkerbund übermittelt werden. Wir haben für die Aufrechterhaltung der stolzen Tradition Danzigs zu arbeiten und zu beweisen, daß Danzig wiedergewonnen ist, zu den ersten Gliedern des Volkerbundes zu gehören.“ Nachdem der Oberkommissar dann noch auf Inkraftsetzung des Abkommens zwischen Polen und der freien Stadt Danzig hingewiesen hatte, das bei der Erklärung Danzigs zur freien Stadt in Kraft trete, erklärte er die verfassunggebende Versammlung für eröffnet. Hierauf erfolgte die Konstituierung des Hauses, zu dessen Präsidenten der deutschnationale Abgeordnete Generalsuperintendent Reinhard gewählt wurde. Zum Präsidenten des Staatsrats wurde Oberbürgermeister Sahm gewählt.

Havarie eines Transportdampfers mit Heimkehrern aus Sibirien.

Hamburg, 15. Juni. (WTB.) Der amerikanische Transportdampfer „Mount Vernon“ (ehemals „Kronprinzessin Cecilie“), mit Heimkehrenden aus Sibirien über Amerika nach

Hamburg unterwegs, ist stark beschädigt in New Jersey eingetroffen. An Bord befinden sich 8000 Tschechoslowaken, 150 Deutsche und 250 Österreicher. Der Dampfer sollte ursprünglich am 22. 6. in Cuxhaven eintreffen.

Die Reise des Obersten House

London, 15. Juni. (WTB.) Die „Westminster Gazette“ meldet, daß Oberst House mit Zustimmung Wilsons und der amerikanischen Regierung nach Europa abreisen werde. Er werde England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Holland, Deutschland, Polen und die Tschechoslowakei berühren. Diese Reise erfolgt auf den dringenden Wunsch Englands und Frankreichs, die der Auffassung seien, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich beträchtlich vermehrt hätten.

Die Wollpreise in New York.

Die „Times“ meldet aus New York: Die Preise auf dem Wollmarkt sind jetzt tief unter den Erzeugungskosten. Um die Wollindustrie zu schützen, beriefen der Gouverneur des Bundesreservatees und die Senatorn der westlichen Staaten eine Konferenz von Bankiers und Wollproduzenten nach Chicago für den 17. Juni ein damit ein Fonds von 100 Millionen Dollar zusammengebracht werde, der für ein Darlehen an die Schafzüchter Verwendung finden soll.

Moselmanische Erhebung in Mesopotamien.

Teheran, 15. Juni. (WTB.) Havas. Die Lage in Mesopotamien, die ohnehin recht unruhig war, hat sich in den letzten Tagen wesentlich verschärft. Dieser Tage wurde die Stadt Teheran von dem mächtigen Stamm der Chamar, der unter dem Befehl moselmanischer Offiziere steht, eingenommen. Alle britischen Beamten und ein großer Teil der Bevölkerung wurde niedergemacht. Dann bemächtigten sich die Angreifer Mossuls, wo sie die öffentlichen Gebäude besetzt halten. Unter der Bevölkerung herrscht große Unruhe. Die Verbindungen nach Bagdad sind unterbrochen. In Bagdad begaben sich die Manifestanten vor die Polizeipräfektur und verlangten die Herausgabe der politischen Gefangenen. Eine drohende Panik wurde durch die mohammedanische Polizeitruppe unterdrückt. Auf dem Tigris wurden englische Boote gesunken und die Besatzung niedergemacht.

Serbische Verstärkung für die Albanier.

Amsterdam, 15. Juni. (WTB.) Einer Blättermeldung aus Rom folge ist die Lage in Albanien äußerst ernst, da die albanischen Aufständischen durch Serben verstärkt worden seien, deren Uniform und Waffen amerikanischen Ursprungs sein sollen.

Ein Richtungswchsel in der polnischen Politik.

Amsterdam, 15. Juni. (WTB.) Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Warschau: Das Ende der polnischen Ministerkrise ist noch nicht in Sicht. Die Tatsache, daß die Volkspartei von Piłsudski abstieß, deutet darauf hin, daß die Linke vollkommen die Oberhand über die Rechte erlangen wird. Jedes fünftige Ministerium wird deshalb unbedingt Vorschläge über Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten einbringen müssen.

Der schwedisch-finnische Konflikt.

Ropenhagen, 15. Juni. (WTB.) „Berlingske Tidende“ meldet: Der schwedische Gesandte in Helsingfors ist zur Berichterstattung nach Stockholm berufen worden. Der Schritt ist nicht als eine Abberufung, aber als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß die schwedische Regierung der finnischen Regierung ihre Auffassung über die Lage zu erkennen geben will. Die Stimmung in den eingeweihten Kreisen in Stockholm und auch auf den Ålands-Inseln ist sehr ernst. Weitere 420 Mann feldmarschmäßig ausgerüsteter finnischer Truppen sind auf den Ålands-Inseln angelommen.

Die Rötschek-Katastrophe.

Marseille, 15. Juni. (WTB.) Heute traf hier aus Sibirien General Janin mit seinem Stab ein. Über die Rötschek-Katastrophe befragt, erklärte General Janin: Rötschek konnte am Tage der Katastrophe, am 14. Januar, nicht mehr weiter. Die Truppen, die ihm reiten sollten, waren viel zu schwach und auf einen viel zu großen Raum verteilt. Rötschek war insgesamtrettungslos verloren, da er Bolschewisten vor und hinter sich hatte und seine Flanken von anderen russischen bedroht waren. Die tschechoslowakische Armee, deren kriegerische Fähigkeiten anzuerkennen sind, hatte

„Und du willst wirklich die Halbschädel der Kosten, so das blankebare Geld dafür dem Bruder Friedrich in sein Haus schicken?“

„Das will ich, Christine; ganz gewiß, das will ich.“

„Sie hat ihm eine Weile ganz nachdenklich an

„So, also auf die Art, Christian Albrecht!“ sagte sie langsam.

Aber bevor sie ihre Gedanken über diesen kritischen Fall zu ordnen vermochte kam Wolfsohn aus der Küche; die Kochfrau war eben angelangt und der Bratenwender sollte aufgestellt werden, denn morgen gab es ein großes Fest im Hause. Frau Christine gedachte plötzlich wieder der Veranlassung, um decentstellen sie das Allerheiligste ihres Mannes ausgesucht hatte; sie ließ sich ihr blaues Haushaltungsbeutelchen bis zum Rande füllen und verließ das Stübchen, den Kopf voll junger Wirtschaftsorgen.

In dem Hause nebenan sollte heute Herr Friedrich Jovers mit seiner ehrenamen Haushälterin selbster speisen, denn sein junger Küfer war auswärts in Geschäften. Zuvor aber trat er nach seiner Gewohnheit vor die Haustür und schaute von dem obersten Treppenstein eine Paar und schaute von dem obersten Treppenstein eine Paar Augenblitze in das Bettler und rechts die Straße hinab nach dem dort unten sichtbaren Teile des Hafens.

Als er dann wieder ins Haus und gleich darauf in das Wohnzimmer trat, stand die Matrone schon mit vorgestellter Serviette in der salmantenen Sonntagsfontäne hinter ihrem Stuhle.

„Ist Hochzeit in der Stadt, Frau Möller?“ fragte er.

„Die Schiffe flaggen ja.“

Er setzte sich, und die Alte sah ihn gegenüber; die Frage mochte er wohl schon vergessen haben, denn Herr Friedrich Jovers pflegte seit geraumer Zeit auf dergleichen keine Antwort zu erwarten.

Aber Frau Antje Möller, welche auf gewisse Dinge ihren Herrn nicht anzu sprechen wagte, ließ sich die Gelegenheit nicht entkräften. „Hochzeit?“ wiederholte sie scharf, und ein gewisses Zucken um ihre derben Lippen zeigte, daß

von ihrer Regierung den strengen Befehl erhalten, sich nicht in die sibirischen Angelegenheiten zu mischen und sich unter keinen Vorwände für die sibirische Regierung zu schlagen. Dies erklärt die Lage. Rötschek ist vor allem schweren Fehler und persönlichen Irrtümern unterlegen. Was man auch über ihn schreiben mag, es wird stets hinter der Wahlheit zurückbleiben. Ein auf denselben Dampfer zurückgekehrter tschechoslowakischer Major bestätigte, daß die tschechoslowakischen Truppen bei ihrer Ankunft in Irkutsk einen formellen Befehl ihrer Regierung vorgefunden hätten, nicht weiter zu gehen; sie hätten sich also zwischen Russen und Japanern befinden, ohne sich betätigen zu können. Im übrigen sei die Umgebung Rötscheks verästlicht gewesen und seine Arme habe sich in einem unglaublichen Zustande befunden. Rötschek habe alle Welt schon vor seinem Untergange ermordet.

Todesurteile über Mitglieder der Rötschek-Regierung.

Ropenhagen, 15. Juni. (WTB.) Die „National-Tiderde“ meldet aus Helsingfors: Die sibirische Revolution regierte sollte ihr Urteil über die Mitglieder der Rötschek-Regierung. Vier Mitglieder wurden zum Tode, sechs zu lebenslanger Zwangsarbeit und zehn zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

phantasiert des „Tempo“.

Genf, 16. Juni. Der „Tempo“ bringt es fertig, in seinem Leitartikel die Wiedereinnahme Riews durch die Bolschewisten auf ein deutsch-bolschewistisches Komplott zurückzuführen. Er versichert, daß Deutschland in der ostpreußischen Enklave fünf Brigaden von Truppen unterhält, die in Wirklichkeit die Stärke von fünf Divisionen besäßen, und gegenwärtig mit den Bolschewisten zusammenarbeiten, um die Polen von ihrer Verbindung mit dem Norden abzuschneiden. Am Schlusse dieses Artikels gibt der „Tempo“ übrigens zu, daß er vor allen Dingen Lloyd George Angst machen will, vor seinem Eingehen auf die Vorschläge der Sowjet-Regierung.

Erfolge der national-türkischen Bewegung.

Paris, 15. Juni. (WTB.) Nach einer Londoner Meldung des „Tempo“ kursiert schon seit einiger Zeit das Gerücht, daß, um zu verhindern, daß Kleinasiens in Anarchie versetzt, der Oberste Rat bedeutende Abänderungen der türkischen Friedensvertragsklauseln ins Auge fasste. Eine Atmosphäre der Beunruhigung schlägt in Konstantinopel zu herrschen, seitdem sich die nationalistischen Streitkräfte von Mustapha Kemal Pascha nicht nur ganz Kleinasiens, sondern auch des Marmarameeres bemächtigt haben. Die türkischen Nationalisten hätten sich auch der Insel Marmara bemächtigt, die die Schiffsroute, die von Gallipoli nach Konstantinopel führt, beherrschte.

Krassin stellt Gegenbedingungen

London, 15. Juni. (WTB.) Nach der „Times“ soll Krassin zu verstehen gegeben haben, daß, falls die Moskaute Regierung gezwungen werden würde, die russische außwärtige Schulden anzuerkennen, sie darauf bestehen werde, daß man alle ihre Rechte und Privilegien, wie sie in dem alten Londoner Vertrag festgelegt seien, ebenfalls anerkenne. Sie meint damit hauptsächlich jene Teile des Londoner Vertrages, wonach Konstantinopel an Russland fallen werde.

Lokaler und vermischter Teil.

Bimburg, den 17. Juni 1920.

** Titeländerung. Dr. Leiter der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht führte längst die Amtsbezeichnung „Erster Staatsanwalt“. Nunmehr ist ihm die Amtsbezeichnung Oberstaatsanwalt beilegt worden. Dr. jur. Bachmeier hier, führt daher von jetzt an die Amtsbezeichnung „Oberstaatsanwalt“.

** Beischlagsnahm. Die Polizei teilt uns mit: Anfang Mai ds. J. wurde bei einer aufwärtsigen Polizeiverwaltung ein noch gut erhaltenes Herrenfahrrad von schwierigem Rahmenbau und eckigen Felgen, etwas hochgezogene Lenkstange mit gelben Horngriffen und Signalglocke (vernichtet) beschlagnahmt. Auf der Satteltasche ist der Name H. Stue eingraviert. Das Rad trägt die Nr. 39969. Die Gamma-Verzierung, der Sattel und Fabrikmarke fehlen.

eine verhaltene Entrüstung zum Ausdruck drängte. „Nein, es ist keine Hochzeit, nur eine Kindtaufe ist es!“

„Eine Kindtaufe, und die Schiffe flaggen?“ sagte Herr Jovers gleichgültig. „Ich wußte doch nicht, daß bei den Honorationen ...“

Aber Frau Möller vermochte nicht, ihn austeden zu lassen. „O, Herr Jovers, freilich ist es bei den Honorationen, bei den allerersten Honorationen; aber eine Schande ist es eine offenkärtige Schande, sag' ich!“

Herr Jovers wurde doch aufmerksam. „Was will Sie damit sagen?“ fragte er kurz.

„Damit, Herr Jovers, will ich sagen, daß Ihr eigener Bruder, der Herr Senator Christian Albrecht Jovers, heute sein erstes Söhnchen tauzen läßt; und Sie fragen noch warum die Schiffe flaggen?“

Herr Friedrich sagte nichts; aber Frau Möller entging es nicht, wie ihm die Hand zitterte, während er schwieg den Rest seiner Suppe hinunterlöffelte.

Die grimmigen Augen der Alten begannen plötzlich einen wehleidigen Ausdruck anzunehmen. „Herr Jovers, begann sie leisend, „Ihr Herr Großvater selig und mein Vaters Onkel, was waren das für gute Freunde! Sie wissen das ja auch, Herr Jovers!“

„Zum mindesten hat Sie mir das oft genug erzählt,“ sagte Herr Jovers.

„Ach, Herr Jovers, se lig Senator n wußte das ja auch.“

„Ja, ja, Möller, und auch der alte Friedeböhm! Den in den Büchern meines Großvaters läuft bis zu seinem heiligen Ende eine jährliche Ausgabe post: „Jahr Friedeböhm“ und ein Gewandstück für den armen Krichan Möller.“

Frau Antje schluckte etwas; dann aber, nachdem sie das mittlerweile erschienenen Braten vorgelegt hatte, nahm doch den Haken wie der auf. „Ja, Herr Jovers, sie waren Schullamerade ..., und das vergaßen sie sich nicht! Für alle Mittwoch war Herr Christian Möller zu dem Herrn Senator Christian Jovers auf den Kaffee eingeladen; im Sommer trafen sie denselben in dem schönen Gartenpaßion. Den Ihr Herr Großvater damals erst gebaut hatte. Möller wohnt, Herr Jovers, man hätte sie wohl sehen mögen, da-

Die Söhne des Senators.

Novelle von Theodor Storm.

(Nachdruck verboten.)

Herr Christian Albrecht noch immer auf seinem hohen Schreibtisch, die Feder in der Hand. „Weißt du, Christine, der Bod meines Herrn Bruders wird mir doch zu mächtig, sagte er, indem er ernsthaft vor sich hinsah, „es tut not, und ich habe mich auf einen guten Gegenstoß besonnen.“ Und als sie ihn unterbrechen wollte: „Nein, red' mir nicht dazwischen, Frau, ich will auch einmal meinen Willen haben.“

Sie sah ihn leise an dem Aufschlag seines Rockes und zog ihn sanft von seinem Thron herab und dicht zu sich heran. „O weh,“ sagte sie und sah ihm ernsthaft in die Augen, „da habe ich am Ende einen Mann geheiratet, den ich eh' heute kennen lerne! Gieb mir's, Christian Albrecht, du hast doch nicht auch etwa so einen!“

„Zum Achud,“ rief Herr Christian Albrecht lachend, „im hintersten Stallwinkel wird auch wohl bei mit so einer angebunden stehen; und der soll jetzt heraus ans Tageslicht, trotz aller Flugen Frauenzimmer und meiner allerflügelst noch dazu!“

„So, Christian Albrecht? Und in welcher Art?“ — Sie zögerte ein wenig — „soll denn der deine seinen Gegenstoß vollführen?“

„Seh' dich, Christine,“ sagte der Senator, indem er die anmutige Frau auf seinen Schreibtisch holte, „und reden wir deutsch mitsammen! In jener Sache da draußen auf dem Hof will ich mein Recht und seinen Titel davon aufgeben! Aber du bedarf es keines Prozessierens, denn es steht klar und bündig in den alten Kaufkontrakten.“

„Und weiter, Christian Albrecht?“

Herr Christian, hat zwar der Besitzer von Friedrichs Mauer zwischen beiden Häusern aufzuhören und zu unterhalten; aber der des unerträglichen hat den Halbschädel der Kosten dazu beizutragen.“

„Wirklich? Auf Höhe von elf Fuß?“

„Ei was, und wenn's die Mauer von Jericho wäre!

Das ist meine Sache, wenn ich ihm zahlen will, er muß schon festhalten und Quittanz dafür ertheilen!“

(1) Reparaturen an den Domtürmen. Um den Domtürmen, namentlich am mittleren Hauptturm, werden gegenwärtig durch den Krieg bisher verschobene Dachdeckerarbeiten durch Dachdeckermeister Josef Lindig ausgeführt. Die dafür hohe Arbeitsstätte bietet vom Gerüst aus wohl eine helle Aussicht über Limburg und Umgebung.

Die Aussichten der diesjährigen Spätsaison lassen sich jetzt überall klar überblicken. Im allgemeinen kann da festgestellt werden, daß uns der Herbst, wenn auch eine gute Mittelernte, so doch nicht die reiche Frühsaison bringt wird. Die Zwischenversprechen in dieser Hinsicht noch den besten Ertrag. Die Bäume zeigen strichweise einen sehr guten Behang, und wenn infolge der Trockenheit nicht allzuviel Früchte vorzeitig fallen, so dürften Zwischenfuchs und Zwischenmuss im Herbst nicht allzutief zu stehen kommen. Bleibt verschiedenartig jedoch dagegen die Birnbäume. Viele von ihnen zeigen trotz bestechender Blattfülle im Frühjahr jetzt einen recht spärlichen Behang. Sie haben „falsch geblüht“, wie sich der Bauer ausdrückt. Andere Bäume beugen sich schon jetzt unter einer überreichen Fruchtfülle. Für die Aepfel geht das allgemeine Urteil dahin, daß wir auf eine schwache Mittelernte rechnen dürfen. Bei frühblühenden Sorten fiel die Blütezeit in regnerisch kalte Tage, so daß die Blüte infolge langen Verlaufs den Insekten vielfach Zeit zu ihrem Fortpflanzungswerk bot. Später blühende Sorten, wie die bekannten Schafsnägel stehen meist sehr gut. Jedenfalls bedeutet aber die Gesamtabsternte des Jahres 1920 eine gute Mittelernte.

Wie kann man die Eisenbahnhafpreise selbst berechnen? Früher war das eine ganz einfache Sache. Man multiplizierte den Grundpreis für den Streckenkilometer mit der Kilometerzahl, runde den gefundenen Betrag auf die nächsthöhere Fünfer- oder Zehnerzahl — und die Rechnung stimmte. Heute ist das nicht mehr ganz so einfach. Wollte man die Kilometerzahl unter Berücksichtigung der normalen Erhöhung berechnen, um den Fahrpreis zu finden, so wäre das ziemlich unständlich. Im „Wiesbadener Verkehrsbuch“, herausgegeben von der „Wiesbadener Zeitung“, ist nun eine einfache Methode angegeben,

um den Fahrpreis wenigstens annähernd bei innen zu können. Darauf wird der Grundpreis (1. Klasse 9 Pf., 2. Klasse 5,7 Pf., 3. Klasse 3,7 Pf., 4. Klasse 2,4 Pf.) mit der Kilometerzahl multipliziert und auf das Ergebnis ein Zuschlag von 600 Prozent in der ersten Klasse, von 420 Prozent in der zweiten Klasse, von 390 Prozent in der dritten Klasse und von 375 Prozent in der vierten Klasse gerechnet. Das Endergebnis stimmt mit dem Fahrpreis so ziemlich überein. Wenn es in einzelnen Fällen niedriger ausfallen sollte, so hängt das damit zusammen, daß bei der amtlichen Berechnung die jedesmalige Aufzehrung auf 10 Pfennig nach oben bei den prozentualen Zuschlägen immer wieder berechnet wurde, was schließlich oft bis zu 40 Pfennig Mehrbetrag ausmachen kann. Das ist jedoch unwesentlich. Im allgemeinen dürfte die Rechnung stimmen. Nehmen wir als Beispiel: Was kostet eine Fahrtkarte Personenzug dritter Klasse nach Berlin? Die Kilometerzahl Wiesbaden-Berlin beträgt 581. Wir rechnen also: Grundpreis 3,7 (Pfennig) \times 581 (Kilometer) \times 390 (Prozent) = 8,383,830. Die drei letzten Stellen werden abgeschnitten, und es bleiben 8383 Pfennig, aufgerundet = 81 Mark.

Billigere Zigaretten in Baden. Die badischen Zigarettenfabriken verfügen zur Zeit über so große Mengen Rohtabak, daß ihre Lager überfüllt sind. Trotzdem steht das Geschäft, weil die Verbraucher wegen der hohen Verkaufspreise mit dem Kauf zurückhalten. Deshalb beginnen verschwundene Zigarettenhandlungen in Mannheim und der badischen Pfalz damit, ihre Verkaufspreise erheblich, teilweise bis zur Hälfte, herabzuziehen.

Herborn, 15. Juni. Wie wir erfahren, ist seitens des Landesausschusses nunmehr bestimmt worden, daß die Geisteskranken der Anstalten Weilmünster und Haldamar sämlich nach Herborn verlegt werden. Die Fürsorgezöglinge kommen von Herborn ganz fort und soll Weilmünster als Fürsorgeanstalt eingerichtet werden. Die Anstalt Herborn wird somit wieder voll belegt werden. (Herb. Tagebl.)

Frankfurt a. M., 14. Juni. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Monat Mai bedeutend verschlechtert. Die offenen Stellen gingen um 13 Prozent zurück. Es waren nur noch 882 gegen 1126 im Monat April. Die Erwerbslosenfürsorge hat einen Zugang von 19 Prozent erfahren. Es wurden 1896 Männer und 189 Frauen unterstützt. Die Belastung der Erwerbslosenfürsorge ist deshalb auch ganz besonders stark, weil eine große Anzahl von Betrieben infolge Arbeitsmangels nur beschrankt arbeiten konnte, wodurch neue Aufgaben für Bohn notwendig wurden.

Frankfurt, 15. Juni. Der Mann mit den drei Säulen. Der Drogist Wilhelm Krämer aus Krefeld hat drei Brüder und wahrscheinlich hätte er es auf noch mehr gebracht, wenn man ihn nicht eines Tages eingelocht hätte. Er stand es gut, mit dem Ewig-Werblichen umzugehen, das sagt für einen Dr. med. aus, der eine neue Praxis gründen wollte, 15 000 Mark hatte er; aber was nutzte ihm das alles, denn Frau und Kind sind ihm gestorben. Das Dienstmädchen, dem er diesen Schwindel vormachte, wurde zu Tränen gerührt und gab ihm als Braut Nr. 1 ihre ganzen Ersparnisse. Die Verlobung Nr. 2 fand mit einer Dame statt, die er in einem Kaffeehaus kennen lernte. Diese, die am Tisch neben ihm saß, flachte über Magenschmerzen. Der Dr. behauptete sie und untersuchte sie und so wurde sie Braut Nr. 2. Als Verlobungsgesehen gab sie ihm ihren Schmuck. Bei der Braut Nr. 3 war schon der Pfarrer zur Trauung bestellt. Vorläufig kann die Hochzeit noch nicht stattfinden,

allen Herren, wie sie in liebevoller Unterhaltung mit ihren Holländischen Freunden vor den Gartentüren saßen! — Wenn sie es damals hätten voraussehen können, „sag“ Frau Antje fort, vor ihrem noch immer unberührten Braten liegend, „dass der nunmehrige Herr Senator Jovers oder, eines solchen Prozeß um diesen schönen Lustgarten anheben würde, was würden die beiden braven Freunde dazu wohl gesagt haben?“

„Weiß nicht, Möslern,“ sagte Herr Friedrich, der bisher in halber Zersetzung dageessen hatte, „vielleicht wäre es seinem Großvater zum Verdruß geschlagen und er hätte den bald einen Posten von zehn Pfund Tabak und einem Gewand aus ein für allemal gestrichen!“

(Fortsetzung folgt.)

denn er muß erst 8 Monate ins Gefängnis. Daß kommen noch vier Wochen Haft wegen des Dr. med.

Frankfurt, 15. Juni. Der Raum vor dem Soden-Salmünster. Durch die Ermittlungen der Frankfurter Kriminalpolizei, die bekanntlich von der Hanauer Staatsanwaltschaft mit der Auflösung des geheimnisvollen Leichensunds in der Salz bei Soden betraut worden war, ist jetzt ein so erhebliches Beweismaterial gegen den bereits verhafteten ehemaligen Lehrer Philipp Wolf aus Soden beigebracht worden, daß seine Schuld jetzt außer aller Frage steht. Zu einem Geständnis war Wolf bisher trotz eines geradezu erdrückenden Beweismaterials nicht zu bewegen. Das ist aber seine bekannte Taktik, denn in früheren Verfahren hat W. stets bis zur Verurteilung geleugnet. Die Frankfurter Kriminalpolizei hat ungeachtet der langen Zeit, die nach dem Verschwinden des ermordeten Schlossers Ludwig Schwarz aus Rüsselsheim und nach dem Auftauchen der zerstückelten Leichenteile verstrichen war, feststellen können, daß der Ermordete am Tage seines Verschwindens mit Wolf, am 24. Februar 1920, von Frankfurt ab um 3,16 Uhr nachmittags gemeinsam nach Salmünster gefahren ist und daß Schwarz am 25. Februar morgens Wolf aus der Wirtschaft abgeholt hat. Beide sind dann in den Wald gegangen. Wolf lebte allein zurück. Dann hat Wolf einige Tage später an einen Landwirt in Katholisch-Winsroth, mit dem er viele Handelsgeschäfte machte, die Stiezel des Schwarz verlaufen. Nach Auffassung der Polizei ist die Tat im Walde bei Soden am Vormittag des 25. Februar geschehen. Die Leiche ist später zerstückelt, in Säcke gepackt und in den Bach geworfen worden, der die Teile später an Land spülte. Der Ermordete trug viel Gel dabe, dessen Verbleib noch nicht ermittelt ist. Es fehlen auch die Kleider und andere Gegenstände des Toten. Das Publikum wird um sachdienliche Unterstützung gebeten. Nachrichten sind der Kriminalpolizei in Frankfurt, Zimmer 401, zu übermitteln. Wolf hat irgendwo auch ein größeres verpacktes Paket in Frankfurt untergestellt, vielleicht in einer Wirtschaft am Bahnhof. Für die reislose Aufklärung der Tat ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Märkobel (Kr. Hanau), 15. Juni. Während gestern mittag drei Arbeiter in der hiesigen Sandgrube mit Ausgrabungsarbeiten beschäftigt waren, löste sich eine gewalzbige Sandfläche und rieselte auf die Arbeiter nieder. Während zwei derselben sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, wurde der dritte, der 28 Jahre alte verheiratete Arbeiter Frei-Loy von hier von den nachstürzenden Sandmassen verschüttet und zu Tode gebracht.

Coblenz, 14. Juni. Ein Brüderpaar in Kapellen a. Rh. ertrankte ein junges Mädchen, das bei seinen Eltern im Dienst stand und der Niederkunft von einem der Brüder entgegengestanden.

Saarbrücken, 15. Juni. (W.T.B.) Zu einer aufregenden Szene kam es gestern nachmittag. Ein farbiger französischer Soldat verläßt am hellen Tage ein Mädchen und hatte ihm bereits die Kleider zerrissen, als ein französischer Offizier hinzukam und ihn festnehmen wollte. Der Farbige zog darauf sein Seitengewehr gegen den Offizier, wandte sich jedoch zur Flucht, als mehrere Soldaten herbeiliefen. Trotz nachgesandter Schüsse entfloß er, konnte aber später festgenommen werden.

Das Verfahren gegen die Marburger Freiwilligen.

Marburg (Lahn), 1. Juni. (W.T.B.) Das Gericht der ehemaligen 22. Division begann heute die Verhandlung wegen der Volksmissie bei Bad Thal (Thüringen). Angeklagt sind 14 Studenten, zum großen Teil ehemalige Offiziere. Die Anklage lautet auf rechtswidrigen Waffengebrauch in Verbindung mit Totschlag. Der Hauptangeklagte Leutnant a. D. Stad. jur. Goebel erklärt, daß die erschossenen Gefangenen auf dem Transport nach Satteldorf Fluchtversuche unternommen hätten. Das gleiche sagten die drei weiteren Angeklagten Engelbrecht, Jahn und Kraus aus. Um 12 Uhr wurde die Verhandlung geschlossen. Morgen 8 Uhr findet in Mäckersiedt eine Lokalsicherung statt.

Max Weber †

Professor Max Weber, der bekannte Nationalökonom, ist in München unerwartet einer Lungenentzündung erlegen. Mit ihm ist einer der größten Wissenschaftler der Gegenwart dahingegangen, auf dessen Wirken bis zuletzt die größten Hoffnungen gesetzt wurden. Max Weber war ein ebenso tiefer wie begeisterter Vorläufer für die neue Zeit. Bei den Verhandlungen zum Versailler Friedensvertrag gehörte er der Kommission der deutschen Wirtschaftsvertreter an.

Die Valuta im Scheidungsprozeß. Daß die Valuta nicht nur in Handel, Industrie und Gewerbe eine bedeutsame Rolle spielt, sondern auch selbst in einem Leben ein großer Wörtlein mitreden kann, erfährt man aus einem Urteil, das dieser Tage von dem Oberlandesgericht Frankfurt entschieden wurde. Eine Schweizerin hatte einen Frankfurter Kaufmann geheiratet, die vor dem Krieg wieder in die Schweiz zurückkehrte. Es kam zu einem Scheidungsprozeß, in dessen Verlauf die Frau eine monatliche Unterstützung von 350 Mark beanspruchte. Die Beziehungen des Mannes verschlechterten sich und sein Einkommen sank auf noch nicht 10 000 Mark. Er behauptete, daß nach der Zeit der Forderung gestellten Valuta die 350 Mark ihm sehr viel, seiner Frau aber nur 20 Schweizer Franken ausmachten, die für sie bedeutungslos wären, denn sie bewohne in der Schweiz eine Villa, die 300 000 Franken wert sei. Im Gesetz heißt es, daß während des Scheidungsprozesses die Abmentation „nach tilliger Berücksichtigung der Beziehungen“ verlangt. So sei die Forderung der Frau abzuweisen. Das Landgericht aber verurteilte den Ehemann zur Zahlung von 350 Mark monatlich und das Oberlandesgericht bestätigte diese Entscheidung.

* Die größte drahtlose Station der Welt. Bis jetzt gilt Rauen als die größte Station für drahtlose Telegraphie. Nun planen aber die Amerikaner den Bau einer Station, die ihnen auch auf diesem Gebiete den Ruhm, das größte Unternehmen der Welt zu bescheren, sichern soll. Die Radiogesellschaft hat in Rock Point auf Long Island 6000 Acres-Land gekauft, um mit einem Kostenaufwand von 10 Millionen Dollar diese größte Station zu errichten. Die Station soll die Verbindung mit Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Skandinavien und Argentinien aufnehmen.

* Reverenz der britischen Fahne! Im Blatte der englischen Besatzung in Köln liest man: Nach der Parade am 5. Juni (Geburtstag des Königs von

England) auf dem Platz vor dem Dom, von wo verschiedene Regimenter durch die Hauptstraßen in die Kaiserstadt zurückmarschierten, sandten sich viele deutsche Bürger plötzlich ohne Kopfzettel. Eine Art Flankenvache war zu beiden Seiten der marschierenden Regimenter gebildet worden, und manchem, der den Regimentsfahnen nicht die schuldige Hochachtung erwies, begegnete es, daß ihm der Hut abgeschlagen wurde.

* Wahlen mit Festessen. Was man für einen Bürgermeister oder Gemeinderatsposten ausgeben kann, darüber unterrichtet uns die „Pälz. Post“: In dem Dörfchen Bergalben haben die Wähler bei den Gemeinderatswahlen für 14 000 M. Speisen und Getränke an die Wähler auf Veranlassung der Kandidaten kostenlos verabreicht. Man lebte wie Gott in Frankreich. Zu diesen Kosten bezahlten die neuen und der verlassene Bürgermeister je 9 000 M und jeder der Gemeinderäte 500 M. Die Wähler wünschen nur, daß alle Tage Wahltag wäre.

* Wer ist in seiner Kriegsgefangenschaft von Deutschen Schlägern behandelt worden? Der Kämpfverbund der deutschen Landesverteidigungsverbände hat sich mit der Bitte an das Reichsjustizamt gewandt, die Straforgane daran hinzuweisen, daß jene Deutsche, die sich in Kriegsgefangenschaft gegenüber ihren eigenen Landsleuten Verbrechen oder Vergehen zuschulden kommen ließen, mit der vollen Schärfe des Gesetzes verfolgt werden sollen. Für diese Strafverfolgung sammelt die „Kriegszeitung“ in Berlin W. 60, Geisbergstraße 2, Belastungsmaterial. Sie bittet dringend, ihr alle Fälle, in denen Deutsche sich in Kriegsgefangenschaft gegen die eigenen Landsleute vergangen oder ihre Stellung als Vorgesetzte missbraucht haben, unter Angabe des Namens, ehemaligen Truppenteils und Wohnorts des betreffenden „Deutschen“ mitzuteilen. Mit diesem Antrage entspricht der Kämpfverbund dem Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes. Es kann nicht angehen, daß Schurken und Verbrecher, die während des Krieges in sicherer Kriegsgefangenschaft die Leiden ihrer Mitgefangeenen noch vergroßerten, heute ungestrraft unter uns weilen.

* Eine Umfrage über die Weltsprache. Aus Anlaß des internationalen Esperanto-Kongresses, der im Haag im Laufe des Monats August stattfinden soll, hat die schwedische Friedensgesellschaft eine Umfrage über die zukünftige Weltsprache unter Fachleuten aus aller Herren Länder veranstaltet. Die Befragten bestanden nicht nur aus Vertretern der Sprachwissenschaften, sondern auch aus Vertretern von Handelsvereinigungen, Parlamentsmitgliedern und anderen im praktischen Leben stehenden Persönlichkeiten. Die Mehrzahl der Antworten entschied sich für die Benutzung der englischen Sprache als Weltsprache und dabei wurden die verschiedensten Gründe für diese Sprache angeführt, die ja tatsächlich von einem sehr großen Teil der Menschheit gesprochen wird. Für das Französische traten sieben Stimmen, die aus Südwelt und Osteuropa, sowie aus Dänemark stammten, ein. Für das Deutsche sprach sich nur eine Stimme aus; es war der Präsident der finnischen Friedensgesellschaft, Unno Stadius. Das Lateinische als Weltsprache befürworteten vier Persönlichkeiten, nämlich je ein Mitglied der Universitäten Genua, Amsterdam und Granada und ein Vertreter der Handelskammer Bremen. Nur fünf unter allen Befragten erklärten sich für die Schaffung einer künstlichen Weltsprache, und zwar bezeichneten vier Ido, einer Esperanto als die geeignete. Die tatsächlichen Verhältnisse dürften dem Ergebnis der Umfrage entsprechen. Ähnlichen Erwägungen heraus hat der Böllerbund die englische und französische Sprache zu seinen offiziellen Verhandlungssprachen gemacht. Wie lange freilich das Französische das gleiche Recht wie das Englische für sich wird in Anspruch nehmen können, steht noch dahin.

Amtlicher Teil.

(Nr. 136 vom 17. Juni 1920.)

An jährliche Standesämter des Kreises:

Die Totenlisten sind von jetzt ab nicht mehr an das Erbbausteueraamt in Kassel, sondern an das Finanzamt in Limburg zu senden.

Limburg, den 11. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

R. A. Nr. 1938. Schellen.

Bekanntmachung

Ich habe heute den Betrieb des Mühlensitzers Johann Werner in Niederhadamar gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung wegen Unzuverlässigkeit geschlossen. Ich erfuhr die Herren Bürgermeister, dies in geeignet erscheinender Weise zur Kenntnis der Selbstverwörger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Bekanntmachung

Die Landwirte
1. August Hartmann,
2. Josef Hartmann,
3. Johann Höhn,
4. Wm. Meuser,
5. Johann Weiß,

der Gemeinde Niederweyer haben trotz wiederholter Aufforderung ihre Pflichtserfüllung an Brotgetreide nicht erfüllt.

Ich habe dieselben gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung für 1919 haftbar gemacht und Strafantrag gestellt.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.

Schellen.

Bekanntmachung

Den Mühlensitzers Peter Schmidt in Oberhelters habe ich heute gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers geschlossen. Ich erfuhr die Herren Bürgermeister, dies zur geeigneten Kenntnis der Selbstverwörger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Bekanntmachung

Die Landwirte welche mit der Erledigung meiner Verfügung vom 5. 5. 1920, R. A. 1612 — Kreisblatt Nr. 106 — betreffend Errichtung von Pflegelosten für in Anstalten untergebrachte ortsaufwändige Geisteskranken pp noch im Rückstande sind, werden an umgehenden Bericht erinnert. Febrilanziege ist erforderlich.

Limburg, den 15. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Bekanntmachung

Den Mühlensitzers Peter Schmidt in Oberhelters habe ich heute gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung

für die Ernte 1919 wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers geschlossen. Ich erfuhr die Herren Bürgermeister, dies zur

geeigneten Kenntnis der Selbstverwörger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Bekanntmachung

Den Mühlensitzers Peter Schmidt in Oberhelters habe ich heute gemäß § 71 der Reichsgetreideordnung

für die Ernte 1919 wegen Unzuverlässigkeit des Inhabers geschlossen. Ich erfuhr die Herren Bürgermeister, dies zur

geeigneten Kenntnis der Selbstverwörger zu bringen.

Limburg, den 9. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Schellen.

Die Verfeuerung des Lebensunterhalts

Es noch nicht zum Stillstand gekommen. Auf vielen Gebieten ist die Kaufkraft des Volkes erschöpft und die meisten stehen vor der unumgänglichen Notwendigkeit, sich weit gehende Einschränkungen aufzuerlegen. Es gibt aber Dinge, die man unter keinen Umständen missen möchte und die man nicht entbehren kann, will man sich nicht Schädigungen aussehen. Dazu gehört auch die **heimatliche Zeitung**. Jede andere Zeitung kann eher entbehrt werden als das **Heimatblatt**, in dem nicht nur die großen und kleinen Ereignisse aus der Umgebung gesammelt und mitgeteilt werden, sondern auch alle Verordnungen und Bekanntmachungen enthalten sind, die die eigene Wirtschaft und Haushaltung angehen. Der "Amtliche Teil" des "Limburger Anzeiger" ist darum ein rechtes Merkblatt sowohl für den Staats-, Kommunal- und Gemeindebeamten, wie für jeden Familienvater und Haushaltungsverstand. Er bildet eine wesentliche Ergänzung zu den Nachrichten aus dem **politischen Leben**, die heute jeden Staatsbürger, Mann und Frau, interessieren. Der "Limburger Anzeiger" stützt sich auf eine rasche und genaue Berichterstattung, die durch politische und wirtschaftliche Artikel aus derselber Feder eine vortreffliche Erläuterung erfährt. Daneben kommt auch das Gebiet der Unterhaltung zu seinem Recht. Ihm dienen die vermissten Abhandlungen und Berichtigungen aus aller Welt, die reichhaltige Samstagsbeilage und der Romanseitl., in dem in den nächsten Tagen mit dem spannenden Roman "Lodernde Liebe" von Erich Ebenstein begonnen werden wird.

**Bewahrt Euch Eure Heimatpresse!
Bestellt den „Limburger Anzeiger“.**

**Gekanntmachungen und Anzeigen
der Stadt Limburg.**

Erhebung der Getreide- und Kartoffelflächen.

Wir fordern hiermit nochmals alle Bewirtschafter von Ackerland in der Stadt Limburg auf, die von ihnen jährlich bebauten Flächen mit Getreide und Kartoffeln bis spätestens zum 18. d. Mts. auf Zimmer 15 des Rathauses anzugeben.

Limburg, den 16. Juni 1920. 11/136

Der Magistrat.

Gemüse-Verkauf.

Am Freitag den 18. Juni, von 2—4 Uhr nachmittags in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhof Verkauf von Röhlalat und Erbsen. 5/136

Städt. Lebensmittelamt.

Schutz der Anlagen.

Wiederholt sind in der letzten Zeit Verstürzungen und Verhüllungen in den städtischen Anlagen festgestellt worden.

Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß das Betreten der Anlagen außerhalb der Wege und Promenade, wege, das Beschädigen der Gewächse, Bäume und Sträucher, der Bänke, Pflanzs oder sonstigen Gegenstände durch Einschneiden und Losreißen oder Beschreiben das Verunreinigen der Anlagen und der Wege durch Hinwerfen — Liegenlassen von Papier oder sonstigen Gegenständen vor otten ist.

Hunde sind, um unberechtigtes Zagen zu verbüten, in den Anlagen an der Leine zu führen.

Etwas Anordnungen der bestellten Aufsichtspersonen ist Folge zu leisten.

Das Publikum wird dringend gebeten, zum Schutz der Anlagen mit beizutragen und etwaige Freveler anzugezeigen.

Eltern, Lehrpersonen etc. wollen die Kinder entsprechend belehren und möglichst dieselben nicht ohne Aufsicht in den Anlagen lassen.

Limburg (Lahn), den 25. August 1919.

11/196 Die Polizeiverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein.

Freitag abend 8 Uhr im „Lahnex“:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Wahlausgang
2. Bertrag.

Wähler und Freunde der Partei willkommen. 8/136

Demokratischer Verein Limburg.

Mitglieder-Versammlung

Freitag den 18. Juni, 8 Uhr abends im kleinen Saale der Turnhalle. Besprechung der Lage.

3/136 Der Vorstand.

Aufruf

zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Im Deutschen Reich ist eine erschreckende Vermehrung der Geschlechtskrankheiten eingetreten und es werden die Familien und damit der Gesundheitszustand unseres gesamten Volkes aufs äußerste bedroht. Die energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist daher dringend erforderlich.

Diese Krankheiten werden nicht nur durch den Geschlechtsverkehr, sondern auch auf mancherlei andere Art verbreitet.

Alle Geschlechtskrankheiten sind sicher heilbar, wenn sie frühzeitig in Behandlung kommen, d. h. früher, als eine Allgemeinerkrankung des Körpers zustande gekommen ist. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Geschlechtskranken möglichst früh in ärztliche Behandlung kommen.

Nur die Ärzte sind imstande, die Geschlechtskrankheiten rechtzeitig zu erkennen und erfolgreich zu behandeln. Man zögere daher nicht, bei verdächtigen Haut- und Schleimhauterkrankungen sofort einen Arzt um Rat zu fragen.

Kranken, welche die ärztliche Behandlung nicht bezahlen können, kann kostenfreie ärztliche Behandlung zuteil werden.

Der Vorsitzende des
Kreisausschusses:
Schellen,
Landrat.

Name der Ärzte von
Limburg und Umgebung:
Der Kreisarzt
Dr. Tenbaum, Medizinalrat.

Seit dem 26. v. Mts. ist die Bearbeitung der Stempel- und Erbschaftssteuersachen, die bisher von der Abtlg. III des Stempel- und Erbschaftssteueraudites in Kassel erledigt wurden, dem hiesigen Finanzamt übertragen. 1/136

Limburg, den 11. Juni 1920.

Finanzamt.

Die Kasse ist am Freitag den 18. u. Samstag den 19. Juni d. Jg.

geschlossen. 2/136

Landesbankstelle Limburg.

Einladung.

Zu der am Freitag den 18. Juni, abends 8 Uhr im „Deutschen Haus“ (Glashalle) stattfindenden

Vereinigungs-Versammlung

werden die Mitglieder der unterzeichneten Vereine dringend eingeladen. 9/136

Vollzähliges Erscheinen ist Ehrenpflicht.

I. Limburger Fuß.-Klub 1907 | Fussball-Klub Limburg 1919
Der Vorstand. | Der Vorstand.

8—10 sebenwöchige

Ferkel

abzugeben bei Heinrich Wilhelm Gaul, Lohrheim,
Stat. Oberneisen. 10/136

Bei allen Anfragen und Mitteilungen, die eine Anzeige umfassen, betreffen, ist es unbedingt erforderlich, daß die jeder Anzeige beigelegte Nummer — z. B. 3(42 — angegeben wird. Anfragen ohne die Nummerangabe können in keinem Falle beantwortet werden.

Die Geschäftsstelle.

6/136

Großer politischer Nachrichtendienst
Vossische Zeitung
Berlin

Monatlicher Bezugspreis
M. 14.—

Lohnender Verdienst

bietet sich gewandten intelligenten Damen durch eines täglich gebrauchten Sachkurses an. Privat.forderlich M. 500 — nur Sicherstellung. Angebote Nr. 6/186 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Geucht jüngeres Dienstmädchen

bei guter Kost und Behandlung.

zu erst. in der Expd.

In angenehme Stille wird für meinen kleinen Halt ein erhöhtes

Mädchen

gefunden. Frau Direktor Schirrmutter Unterer Grabenstr. 10.

Gut erzogene Haustiere

aus besserer Familie für kleinen Haushalt bei Familiennachfluss gesucht. Off. Nr. 1/134 an die Expd. 1.

Arbeitsblätter

zu haben in der Kreisblatt-Druckerei

Piassavabesen, Reiserbesen, Kokosbesen, Rosshaarbesen, Handtiger, Kokosmatten, prima Scheuertücher Fensterleder, Schwämme, Raffiabast, sowie sämtl. Bürstenwaren in prima Friedensqualität, billige

7/121 J. Schupp, Seilerei en gros Fernruf 277. Limburg. Frankfurterstr. 15.

Feldhüter-Anzeigebücher mit Dienstanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformular nach amtlicher Vorschrift zu haben in der Kreisblatt-Druckerei.

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über alle behördlichen Verfügungen auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das Sprachrohr der Behörden ist, bildet deshalb nach wie vor für jeden Geschäftsmann ein unentbehrliches Informations- u. Nachschlageblatt. Bestellungen werden jederzeit in der Geschäftsstelle, Brückengasse 11, sowie von allen Trägerinnen entgegengenommen.